

Am 3. September haben Oberbürgermeisterin und Amtsleitung in Halle per Dienstanweisung an die MitarbeiterInnen des ASD verfügt, dass innerhalb von drei Wochen alle 314 Kinder und Jugendlichen aus stationären Einrichtungen nach Hause zu entlassen seien. Damit wollte das Jugendamt seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Der nachfolgende Beitrag von Johannes Herwig-Lempp benennt Hintergründe, den Einfluss der Beratungsfirma START und die Auswirkungen auf Qualität und Organisation der Arbeit des Jugendamtes Halle.

Jugendhilfeträger und zugleich Berater – in Halle ist alles möglich Klaus Roth von START ist im Übrigen in Halle nicht unbekannt. Er erhält von Stadt und Jugendamt immer wieder Beratungsaufträge und ist ein Freund der SPD-Oberbürgermeisterin. Vor einigen Jahren haben er und sein damaliger Geschäftspartner Jens Kreisel dem Jugendamt ihr Softwareprogramm zur Hilfeplanung „Jucon“ verkauft. Dieses Programm ist so unübersichtlich und fehlerhaft, dass die Anwender im Jugendamt und bei den Freien Trägern darüber klagen, nicht zuletzt auch, weil Klienten es

und Kooperationspartner klagten, was aber von der Leitung nicht zur Kenntnis genommen wurde.

Dabei hatten die Mitarbeiter von Anfang an Berater Roth und Amtsleiter Rochau darauf hingewiesen, dass und auch wieso ihr Sparvorhaben gar nicht gelingen kann. Sie wurden nicht gehört, Widerspruch war nicht erlaubt. Stattdessen versprachen Berater und Amtsleiter im Jugendhilfeausschuss im Oktober 2006, innerhalb des nächsten Jahres bereits 2 Mio. Euro (und im Jahr drauf dann noch mal so viel) sparen zu können – alle Stadträte stimm-

Schlecht beraten: In Halle regiert der „Roth-Stift“

JUGENDAMTS-MITARBEITER MELDEN SICH ZU WORT

Johannes Herwig-Lempp

Es steht dem Unterthan nicht zu, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1620-1688)

Die Zeiten von Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg sind zum Glück lange vorbei. Aber die Idee, dass Mitarbeiter bei Planungs- und Entwicklungsprozessen möglichst herauszuhalten und erst mit fertigen Ergebnissen zu konfrontieren (!) sind, ist immer noch weit verbreitet. Exemplarisch hat dies in Halle (Saale) jüngst Klaus Roth von der Beratungsfirma START vorgeführt. Er entwickelte in Klausur mit der Leitungsebene des Jugendamts ein sog. „Fachkonzept“, das eine „radikale Umstrukturierung“ des Jugendamts vorsah und durch die Einführung sog. „pro-aktiver Systeme“ (gemeint sind Stadtteilgesprächsrunden) innerhalb von zwei Jahren 20 Prozent der Hilfen zur Erziehung einsparen sollte. Für den Berater war dieser Auftrag eine „reizvolle Herausforderung“ und vor allem ungewöhnlich gut honoriert (die genaue Summe bleibt im Dunkeln, aber es sollen mehrere hunderttausend Euro sein).

kaum oder nur schwer verstehen. (Wundersamerweise ist Kreisel inzwischen Leiter des Eigenbetriebs Kita der Stadt geworden). Dass Roth zugleich auch als Jugendhilfeträger für die Stadt tätig ist, führt aus seiner Sicht, der der Oberbürgermeisterin und der Stadträte deswegen noch lange nicht zu Interessenskonflikten.

Trotz der Bedenken der Fachkräfte wurde Roth mit seiner Firma START wieder einmal beauftragt. Das Ergebnis stieß auf erheblichen Widerstand innerhalb und außerhalb des Jugendamts, was Amtsleiter Rochau und die Stadträte im Jugendhilfeausschuss nicht kümmerte: Sie wollten um jeden Preis sparen. Das Jugendamt wurde innerhalb kürzester Zeit „radikal“ umstrukturiert, indem u.a. die bestehenden Fachteams aufgelöst und in gemischten Teams mit SozialarbeiterInnen und Verwaltungsangestellten der verschiedenen bisherigen Abteilungen neu zusammengesetzt wurden. Die Koordinatoren dieser Teams mussten nun auch keine Fachkompetenz mehr vorweisen, sondern sollten „allein für die Qualität verantwortlich“ sein. Wie zu erwarten, entstand Chaos, worüber Mitarbeiter

HINWEIS

Als eine Reaktion auf das „Fachkonzept“ hat sich 2006 eine Initiativgruppe für eine „Beschwerde- und Vermittlungsstelle in der Jugendhilfe“ gebildet, die Kinder, Jugendliche und Eltern dabei unterstützen will, ihre Rechte gegenüber Jugendamt und Freien Trägern der Erziehungshilfe aktiver wahrnehmen zu können. Weitere Informationen unter www.lotse-halle.de

ten sofort vorbehaltlos zu und verabschiedeten das „Fachkonzept“ gegen die Stimmen der Fachleute.

Ominöse Dienstanweisung

Im Sommer begriff schließlich auch die Leitungsebene, dass sich in diesem Jahr die Ausgaben nicht verringern ließen. Daraufhin haben Oberbürgermeisterin und Amtsleiter am 3. September die „ominöse“ (Tagesthemen) Dienstanweisung erlassen, nach der innerhalb von 3 Wochen alle 314 Kinder und Jugendlichen aus stationären Einrichtungen nach Hause zu entlassen seien. In diesem Jahr sollten dadurch, das wurde penibel genau berechnet, noch genau 2 185 500,- Euro gespart werden. Auch hier wurden wieder die Fachkräfte im eigenen Amt vorher nicht gefragt, sie hätten allein schon auf die organisatorische Unmöglichkeit der Anweisung hinweisen können, ganz zu schweigen von den schwerwiegenden fachlichen und rechtlichen Bedenken.

Die Empörung in der Öffentlichkeit und der Fachwelt war und ist groß. Eine Reihe von Medienberichten wie auch Artikel in Fachzeitschriften erschienen: „Unter fachlichen

Sparen auf Kosten von Heimkindern

Offiziell plant die Stadt Halle ein neues Präventionskonzept in der Jugendhilfe. Am liebsten aber würde die Kommune alle Kinder, die bisher in Heimen leben, so schnell wie möglich in ihre Problemfamilien zurückschicken. Nun regt sich Widerstand

VON MICHAEL BARTSCH

HALLES ARME KINDER

In Halle droht bis zum Monatsende eine Zwangsrückführung aller in Heimen untergebrachten Kinder und Jugendlichen in ihre Problemfamilien. Eine interne Dienstanweisung des zuständigen Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Stadt vom 3. September verlangt eine sofortige Überprüfung aller 34 Fälle, in denen Hilfen zur Erziehung nicht anders als durch Heimunterbringung erreicht werden können – mit dem Ziel einer Beendigung dieses Aufenthalts.

Nach Erhebungen des Deutschen Jugendstudiums hält Halle einen Spitzenplatz bei der Kinderarmut in Deutschland, 40 Prozent der Kinder gelten hier als arm. Die Stadt ist die größte Sachverhalts-Anstalt. Als Oberbürgermeisterin amtiert seit dem 1. Mai dieses Jahres die SPD-Beraterin Dagmar Szabados, im Stadtrat haben CDU und Linke je 14 Sitze, gefolgt von der SPD mit 20 und Grüne/Bürgerfraktion mit 9 Sitzen. Die Stadt gab im Haushalt insgesamt 85,3 Millionen Euro aus. Der Jugendhilfebereich sollte in diesem Jahr bereits um mehr als 20 Millionen Euro auf 56,5 Millionen Euro abgeschnitten werden. MIBA

Um mittelfristig vier Millionen zu sparen, erarbeiten zwei Gutachter im Auftrag der Stadt bereits ein sogenanntes „Pro-aktiv“-Konzept. Das Jugendamt formuliert ohne Beteiligung der überwiegend freien Träger der Jugendhilfe daraus ein Fachkonzept. Durch 50 „Quartiersrunden“ mit Sozialpädagogen und Vertretern öffentlicher und sozialer Einrichtungen sollen Mühsal aufgewertet und Problemlagen früh erkannt werden.

Dagegen haben Fachleute wie Johannes Herwig-Lempp von der Hochschule Merseburg prinzipiell nichts. Ein solch präventives Konzept, wenn es denn als Maßnahme erfolgreich sein sollte, könne aber erst in drei bis vier Jahren greifen. Wenn man jetzt überstürzt und aus durchschlagenden Gründen Heimkinder nach Hause schicke, sei das so, „als ob Krankenhäuser zugunsten von Gymnastikgruppen aufgelöst würden“, so Herwig-Lempp.

Widerstand regt sich auch bei den freien Trägern der Jugendhilfe, die etwa 250 dieser Heimplätze stellen. In einer Stellungnahme ihres Arbeitskreises sehen sie in diesem „abschließend einmaligen Vorgang“ eine Diskreditierung ihrer bisherigen Arbeit. Jede einzelne Entscheidung für ambulante oder stationäre Betreuung sei sorgfältig in Abstimmung mit den Betroffenen sowie dem Jugendfachbereich der Stadt getroffen worden. „Eine Rückkehr aller Kinder und Jugendlichen in ihre Familien innerhalb weniger Wochen anzuwenden ist fachlich gesehen grober Unfug, sozial- und strafrechtlich fahrlässig und menschlich ignorant“, heißt es im Schreiben des Arbeitskreises. Unterzeichner Stefan Kroner von der Arbeiterwohlfahrt sieht Rechtsansprüche der Betroffenen aus dem Sozialgesetzbuch VIII verletzt. Weil es sich um eine Pflichtleistung der Kommune handelt, dürfe sie auch nicht durch ein Budget begrenzt werden.

Sein Kollege Frank Germann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband weist darauf hin, dass es in 70 Prozent der Fälle ohnehin

gönge, die Kinder und Jugendlichen nach 13 bis 15 Monaten Heimbetreuung wieder in ihre Familien zu integrieren. Dem „Pro-aktiv“-Quartierskonzept lege der Irrtum zugrunde, dass eine Mitarbeiterbewertung automatisch inaktive Familienverhältnisse zur Folge habe.

Fachbereichsleiter Rochau wachte sich auf taz-Nachfrage gegen eine Dramatisierung. Es gehe vorerst nur um eine Überprüfung und neue Kategorisierung der Fälle. Ziel sei es allerdings, von der „Jugendhilfe“ des Sozialgesetzbuches mit der Ultima Ratio einer Heimunterbringung wegzukommen und vernetzte lokale Präventionsstrukturen aufzubauen. „Die Jugendhilfe muss auf den fachlichen Prüfstand, sonst ist sie aussagelos“, kritisiert Rochau. Das Kindeswohl stehe weiterhin im Vordergrund. Nach Beobachtung der freien Träger hat ihr Widerstand die Absichten der Stadtverwaltung gebremst, sodass bis Mittwoch noch keine Heimkinder entlassen wurden.

Gesichtspunkten ist ein solches Verhalten unprofessionell, unter juristischen Gesichtspunkten als rechtswidrig zu charakterisieren“ (Merten 2007). Die Mitarbeiter im Jugendamt waren entsetzt, sie waren wieder einmal nicht gefragt worden. Frau Szabados vertraute allein ihrem Berater, der sich von ihr damit sozusagen zu „Roth-Stift“ machen lässt, und erklärt „Er weiß wenigstens, wovon er spricht.“ Nach dem Chaos der letzten Monate verschärfte sich die Situation für die MitarbeiterInnen nun noch. Die Oberbürgermeisterin gab in der Öffentlichkeit gerne zu, dass diese unter erheblichem Druck stehen. „Es soll endlich gründlich und konkret geprüft werden, welche Kinder und Jugendlichen in ihre Familien zurückkönnen.“ Dass dies bereits mindestens halbjährlich durch die ASD-Teams geschieht, verschweigt sie – weil es einfacher ist, die MitarbeiterInnen für inkompetent zu erklären und zu unterstellen, dass sie Druck brauchen, um gut zu arbeiten. Der Amtsleiter verteidigte die Dienstanweisung mit dem Hinweis, sie sei ein „Ausfluss“ (!) des Fachkonzepts, ganz offensichtlich sieht auch er sich durch Klaus Roth sehr gut beraten.

Abwertung der fachlichen Arbeit

Mehrere Teams äußerten ihre Bedenken gegen die Dienstanweisung in umfangreichen Briefen an Amtsleiter und Oberbürgermeisterin, ohne erkennbare Wirkung: sie fühlen sich abgewertet. Außerhalb des Jugendamts dürfen sie sich nicht äußern, weshalb die öffent-

liche Diskussion weitgehend ohne ihre Perspektive geführt wurde. Allerdings verfolgten sie die Berichterstattung in den Medien mit Interesse. Ein Mitarbeiter äußerte sich in einem privaten Brief: „Ist schon toll, dass es diese Reaktion (und vor allem in diesem Ausmaß) gibt. Wir hoffen noch immer darauf, dass unsere Chefs erkennen, was sie verursachen. Besonders schlimm empfinde ich jedoch hier an der ‚Wiege des Irrsinns‘ die fehlende Wertschätzung unserer Arbeit durch die Leitungsebene und die damit verbundene Ignoranz. Es wird viel gelabert von Quartiersrunden und über diese von Herrn Roth ausgehenden Gedankenblitze, aber eigentlich haben wir aktuell nur die Möglichkeit auf bestehende Situationen zu reagieren. Von präventiver Arbeit sind wir weit entfernt. Es werden Dinge in der Leitungsebene entwickelt, welche wir umsetzen sollen, ohne mit uns darüber zu reden oder vielleicht sogar die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Der reine Wahnsinn! Man kann es kaum klar benennen.“

Am 25. Oktober gab die Oberbürgermeisterin ihrem Amtsleiter „Anweisung“ (ohne die geht es offenbar in der Stadtspitze nicht), die Dienstvereinbarung zu überarbeiten. Er selbst erklärte am gleichen Tag, er habe „unglücklich formuliert“ und eigentlich „Überprüfung“ statt „Rückführung“ schreiben wollen – d. h., entweder kann er sich in einer solch wichtigen Angelegenheit nicht einmal richtig ausdrücken oder er sagt unverhohlen

Die Meinung der MitarbeiterInnen war bislang nicht gefragt, sie haben für ihre Obrigkeit und deren Berater offenbar eine zu „beschränkte Einsicht“.

die Unwahrheit. Überprüfung hin oder her – für das kommende Jahr halten er und seine Chefin unverrückbar an dem Ziel fest, 20 Prozent der Kosten für Hilfen zur Erziehung zu sparen (4 Mio. Euro). Und können weiterhin nicht erklären, wie das konkret erreicht werden soll. Die Meinung der MitarbeiterInnen war bislang nicht gefragt, sie haben für ihre Obrigkeit und deren Berater offenbar eine zu „beschränkte Einsicht“. Die Leitung selbst ist uneinsichtig und „beratungsresistent“, kann auf die erste Krise nicht angemessen reagieren, ja erkennt sie noch nicht einmal als Krise und hält an ihrer Strategie eisern fest. Und sie wertet ihre Mitarbeiter weiterhin öffentlich ab. Jetzt äußern sich diese doch noch selbst – „mit Bauchschmerzen und der Angst im Nacken“. Sie wollen, dass ihre Verzweiflung und ihre Warnungen vor nicht wieder gut zu machendem Schaden an Kindern und Jugendhilfe-Struktur endlich wahrgenommen werden (wenn nicht von der Leitung, so von der Öffentlichkeit, darunter auch den verantwortlichen Stadträten) und zum Umdenken führen. Sie machen nicht mehr, als mit all ihrer fachlichen Kompetenz darauf hinzuweisen, dass die Umstrukturierung, das Fachkonzept und die Dienstanweisung nicht so funktionieren (können), wie das Berater und Leitung behaupten. Und dass es nicht nur Unsinn, sondern auch gefährlich ist, was da gegen alle Vernunft und um jeden Preis durchgesetzt werden soll.

Autor
JOHANNES HERWIG-LEMPPE, Dipl.-Sozialpädagoge mit langjähriger Erfahrung in der Erziehungshilfe, seit 1998 Professor an der Hochschule Merseburg (bei Halle) für Systemische Sozialarbeit/Sozialarbeitswissenschaften, u. a. mit dem Schwerpunkt Jugendamt. Systemischer Berater, Fortbilder und Supervisor. Verschiedene Veröffentlichungen, zuletzt u. a. über Ressourcenorientierte Teamarbeit, Hilfen zur Erziehung als Aushandlungsprozess und über Machtbewusstsein (serweiterung) in der Sozialen Arbeit.
www.herwig-lempp.de
johannes@herwig-lempp.de

Im Jugendhilfeausschuss wurde die Kenntnisnahme der Briefe und damit die Warnungen und Hilferufe der MitarbeiterInnen ganz gelassen um einen Monat auf die nächste Jugendhilfeausschusssitzung verschoben. Somit ist nicht nur der Mut der Briefeschreiber zu bewundern, sondern auch, dass sie trotz allem nicht aufgeben, ganz nach dem Motto: Du hast keine Chance, aber nutze sie!

Alle Dokumente, Literaturverweise und ein Überblick über die Veröffentlichungen in den Medien sind auf der Webseite des Autors (unter <http://www.herwig-lempp.de/dokumente.htm>) zu finden bzw. können bei ihm angefordert werden.